

Soziale Kohäsion : vielfältige Herausforderungen

Autor(en): **Nause, Reto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **3 (2002)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-833077>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SOZIALE KOHÄSION: VIELFÄLTIGE HERAUSFORDERUNGEN

Reto Nause

Soziale Kohäsion als Bestandteil nationalen Zusammenhalts

Unter dem Begriff «soziale Kohäsion in der Schweiz» verstehen wir einerseits die Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft; andererseits ist der soziale Zusammenhalt auch untrennbar mit dem Konzept der nationalen Identität und somit mit der nationalen Kohäsion verbunden.

Trennende Faktoren, welche ein Auseinanderdriften nationalstaatlicher Gebilde fördern, gibt es in Hülle und Fülle. Die klassischen Konfliktfelder sind so alt wie die Nationalstaaten selber und haben an ihrer Sprengkraft nichts eingebüsst:

- der Zentrum/Peripherie-Konflikt;
- der Generationenkonflikt;
- der soziale Konflikt zwischen arm und reich;
- die religiösen Konfliktfelder;
- die sprachlichen Konfliktfelder.

In der jüngeren Vergangenheit sind zu diesen «traditionellen Konfliktlinien» neue hinzugekommen: «Gender issues» thematisieren die Gleichstellung von Mann und Frau, die Nutzung der natürlichen Ressourcen ist umstritten, die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit der zugewanderten Bevölkerung spaltet unsere Gesellschaft und schliesslich herrscht seit zehn Jahren Uneinigkeit über Geschwindigkeit und Formen einer möglichen europäischen Integration unseres Landes.

Start- und Zukunftschancen als Leitmotiv

Ein Konzept zur Stärkung der sozialen Kohäsion in der Schweiz muss einem Leitgedanken folgen: Es muss die gleichen Start- und Zukunftschancen für

die Menschen eröffnen. Von den genannten Konfliktfeldern stehen für eine Stärkung der sozialen Kohäsion folgende Politikfelder im Vordergrund:

- Die demographische Entwicklung in der Schweiz stellt unser gesamtes Sozialwesen – und damit den Hauptpfeiler der sozialen Kohäsion – in Frage. Wenn der arbeitenden Bevölkerung immer mehr Personen im Ruhestand gegenüberstehen, so wird dieses System aufgrund der steigenden Belastung mittelfristig zerbersten. Die Solidarität erreicht im Bereich der Lohnnebenkosten ihre Grenzen. Die Schweiz muss von einer Politik wegkommen, die diese Belastung einfach immer wieder neu und mehr oder weniger sozial verteilen will. Die Schweiz braucht eine Politik, welche die Trendwende in der demographischen Entwicklung einleitet. Das kann nur eine umfassende Politik für die Familie und den Nachwuchs sein. Wir müssen die Eltern finanziell und im Bereich der Kinderbetreuung entlasten und alle Diskriminierungen der Familien im Vergleich zu Konkubinatspaaren oder Singles aufheben.
- Der Zweiteilung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer des technologischen Fortschritts ist mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Das Konzept des lebenslangen Lernens ist zu konkretisieren und umzusetzen. Die Politik ist in den nächsten Jahren gefordert, sich zum Angebot und zur Anerkennung von Abschlüssen im Bereich des lebenslangen Lernens festzulegen. Es darf nicht sein, dass Personen ab fünfzig, welche ihre Stelle verlieren, einfach in die Sozialhilfe abgeschoben werden.
- Eine Zweiteilung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer würde auch eine Amerikanisierung unseres Bildungswesens bringen: Wir müssen dafür sorgen, dass die Grundausbildung unserer Jugend nicht vom Portemonnaie abhängig wird. Wir müssen auch dafür sorgen, dass für unsere Jugendlichen die Startchancen nicht davon abhängen, welches Schulhaus sie besuchen oder in welchem Kanton sie zur Schule gehen. Linke Bildungsideale aus den 68igern sind dreifach gescheitert: Unsere Schulen müssen das Leistungsprinzip wieder hochhalten und gleichberechtigt neben die Sozialkompetenz stellen. Noten sind etwas Gutes! Auf den Schulhöfen muss bei Missbrauch und Rüpelhaftigkeit wieder Nulltoleranz herrschen – das Konzept des «Laisser-faire» ist gescheitert. Schliesslich müssen wir dafür sorgen, dass in den Regelklassen ein tragbares Gleichgewicht zwischen ausländischen und schweizerischen Schulkindern besteht. Vor einer Eingliederung in die Regelklassen muss ein rascher und forcierter Sprach-

erwerb für jene Kinder stehen, die der ortsüblichen Sprache nicht kundig sind.

- Die Desintegration von Ausländerinnen und Ausländern stellt die soziale Kohäsion vor eine weitere Herausforderung. Alle Integrationsbemühungen bleiben ohne Spracherwerb auf der Strecke. Die Politik muss hier fördern und fordern: Einerseits sind von den Zugewanderten Anstrengungen zum Spracherwerb notwendig, andererseits muss auch die Wirtschaft, welche diese Menschen beschäftigt, deren Anstrengungen unterstützen. Bevor die Wirtschaft ihre Anstrengungen zur Rekrutierung von Beschäftigten aufs Ausland konzentriert, sind alle Potentiale in der Schweiz auszuschöpfen: Die Schweiz braucht ein flexibles Arbeitsrecht, welches beruflichen Wiedereinsteigerinnen zu Gute kommt, welches saisonale Tätigkeit von Schülern und Studierenden erleichtert und welches das Potential an arbeitswilligen Frühpensionierten ausschöpft. Wo weitere Zuwanderung notwendig ist, kann sie durch den freien Personenverkehr mit Europa abgedeckt werden.
- Unser «Service public» – verstanden als ein flächendeckendes, qualitativ gutes und preiswertes Angebot an Grundinfrastrukturleistungen – ist ein weiterer Pfeiler für die soziale Integration. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Dienstleistungen in privatrechtlichen Formen erbracht werden. Wichtig ist, dass sich der Staat nicht völlig aus diesem Bereich zurückzieht und dass er die Rahmenbedingungen festlegt. Ebenso wie für den Einzelnen nicht das Gefühl aufkommen darf, zu den Verlierern zu gehören, gilt dies auch für die Regionen: Sobald beispielsweise ein Brief oder ein Telefongespräch in unseren Berggebieten viermal teurer als in den Agglomerationen wird, hat die Schweiz ein schwerwiegendes Problem. Als Beschäftigungsmotoren profitieren auch unsere kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU) von einem intakten Service public; dessen Ausdünnung würde vorab den Mittelstand treffen und der sozialen Desintegration Vorschub leisten.
- Die Krankenversicherung entwickelt sich seit längerer Zeit zum sozialen Spaltpilz: Die permanente Ausdehnung der Leistungen in der Grundversicherung, das Überangebot an Spitalbetten, zu viele Ärzte, steigende Medikamentenkosten, verworrene Finanzierungsströme und die Verzettelung der Spitzenmedizin haben zur Kostenexplosion geführt. Ein weiterer Anstieg der Krankenkassenprämien wird für Mittelstand und untere soziale Schichten zum Existenzproblem. Auch hier müssen wir wegkommen

von einer Politik der Prämienverbilligung hin zu einer wirksamen Eindämmung der entstehenden Kosten.

- Nach wie vor ist die Gleichstellung von Mann und Frau in der Realität nur unzureichend umgesetzt. Gesetzliche Diskriminierungen müssen aus der Welt geschafft und dem Grundsatz «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» muss nachgelebt werden.

Die grösste Bedrohung der sozialen Kohäsion ist allerdings im Aufkommen von politischen Extrempositionen zu orten: Die Schweiz ist – mehr als alle anderen Staaten dieser Welt – auf eine Politik des Ausgleichs angewiesen. Sonst zerbricht sie. Wenn die einenden Bande einer Landessprache fehlen, wenn kulturell die Vielfalt und die Unterschiede dominieren, so sind sich verschärfende Konflikte im sozialen Bereich eine drohende Gefahr für die Einheit insgesamt. Nicht nur inhaltlich, auch im Ton und im Umgang mit Andersdenkenden muss der Gedanke des Ausgleichs und der Gemeinschaft wieder in den Vordergrund treten – das ist der Kerngehalt einer «idée suisse».